Editorial

Vorwort der Redaktion

Was ist „Rechtswissenschaft“ und was kann diese zur „Lösung“ der Minderheitenfrage beitragen?

Iuris prudentia est divinarum atque humanarum rerum notitia, iusti atque iniusti scientia. [Rechtswissenschaft ist die Kenntnis der menschlichen und göttlichen Dinge, die Wissenschaft vom Gerechten und Ungerechten.]

sagte der römische Jurist Ulpian (ca 170–223). Sieht man einmal von der Bezugnahme auf das „göttliche“ Recht ab, kann diese Definition der Rechtswissenschaft im Kern bis heute Gültigkeit beanspruchen. Denn diese besteht nur zu einem – wenn auch wichtigen – Teil in der Auslegung und in der systematischen und begrifflichen (dh rechtsdogmatischen) Erfassung juristischer Texte. Hinzu kommen die nichtexegetischen, teils auch empirischen Wissenschaften, va die Rechtsphilosophie, die Rechtssoziologie und die Rechtsgeschichte.

Im Hinblick auf die Minderheitenthematik ist zunächst zu fragen, mit welchem Inhalt, in welcher Form und generell wie weit sich „das Minderheitenrecht“ in Europa bis heute entwickelt hat. Dieses ist trotz einiger teils mehr, teils weniger erfolgreicher Lösungsansätze in der Vergangenheit und Gegenwart noch überwiegend als eine *Rechtsmaterie im Werden* zu qualifizieren, sowohl auf der völker- und europarechtlichen Ebene als auch in den einzelnen Staaten Europas. Um so mehr sind alle Beteiligten, die nationalen Minderheiten wie die nationalen Mehrheiten und ihre jeweiligen Angehörigen, die Wohnsitzstaaten wie die konnationalen Staaten (*kin states*) und auch die Staatengemeinschaft als solche im Interesse des Friedens und der Wahrung der sprachlich-kulturellen Vielfalt in Europa auf entsprechende *rechtspolitische Konzepte, Impulse und Visionen* angewiesen. Hier geht es also vorwiegend um die Setzung und Gestaltung neuer oder um die Überprüfung und Verbesserung bereits bestehender Rechtsnormen. Dabei spielt auch und gerade im heutigen Zeitalter der Menschenrechte, der Demokratie und der

Rechtsstaatlichkeit die alte Frage nach „der Gerechtigkeit“ eine zentrale Rolle. Es gilt also, die bestehende Kluft zwischen (positivem) Recht und Gerechtigkeit so weit als möglich zu verkleinern oder zu überbrücken. Hier kann – und sollte – nicht nur das rechtsdogmatische, sondern zB auch das rechtsphilosophische, rechtssoziologische und rechtsgeschichtliche Potential der Rechtswissenschaft gewinnbringend genutzt werden, dies immer in dem Bewusstsein, dass Recht, um effizient sein zu können, nicht nur gesetzt, sondern auch umgesetzt, gesellschaftlich grundsätzlich akzeptiert, „gelebt“ und ggf auch (durch Einlegung von Rechtsmitteln) eingeklagt werden muss.

Ein Aufsatz, der alle Facetten ausleuchtet, nach welchen die Rechtswissenschaft, auch in ihren Querverbindungen zu anderen Wissenschaftsdisziplinen, zur „Lösung“ der Minderheitenfrage fruchtbar gemacht wird, wurde, werden kann oder sollte, würde den durch diese Zeitschrift vorgegebenen Rahmen sprengen. Der im Kontext der Reihe „Die Minderheitenfrage in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen“ (zur Politikwissenschaft siehe Maximilian Opitz, EJM 3-2008; zur Geographie siehe Werner Kreisel/Tobias Reeh, EJM 4-2008; zur Geschichtswissenschaft siehe Manfred Kittel, EJM 3-2009) stehende Aufsatz von Niklas Sonntag, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck und seit 2009 Redaktionsassistent beim EJM, beschränkt sich daher ganz bewusst auf eine grundlegende Beschreibung und rechtsdogmatische Einordnung „des Minderheitenrechts“. Dabei bietet er einen Überblick über den derzeitigen Entwicklungsstand bzw die minderheitenrelevanten Bezüge auf der völker- und europarechtlichen sowie – anhand des Beispiels Österreich – auf der innerstaatlichen Ebene.

Dass sich das Minderheitenrecht in vieler Hinsicht erst im Werden befindet, ergibt sich auch aus dem völkerrechtlich ausgerichteten Beitrag von Roksolana Bayko, welcher sich auf die minderheitenrelevanten und grundsätzlich einklagbaren Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention konzentriert. Konkret beschreibt Bayko die sehr interessanten Möglichkeiten, aber auch auf die Grenzen, welche sich speziell für Minderheiten-NGOs aus dem 1998 in die EMRK eingefügten „Individualbeschwerdeverfahren“ ergeben. Allein die Tatsache, dass durch den neuen Art 34 EMRK nicht nur Einzelpersonen, sondern bei entsprechendem Betroffensein auch Personengruppen und NGOs mit einer Beschwerdebefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausgestattet wurden, bedeutet gerade für den Bereich der Minderheitenrechte, die ihrer Natur nach immer auch einen Gemeinschaftsbezug aufweisen, einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt – auch wenn dies wegen des individualrechtlichen Charakters der EMRK-Rechte nicht die Einführung echter Kollektivrechte impliziert. Unter den weiteren von der Autorin beschriebenen Beteiligungsmöglichkeiten von Minderheiten-NGOs an EGMR-Verfahren sticht deren mögliche Rolle als *amici curiae* hervor, wodurch diese Stellungnahmen abgeben können.

Dass auch im Rahmen der Rechtswissenschaft Theorie und Praxis bisweilen auseinanderklaffen, belegen die „Anmerkungen des Mitherausgebers“ Franz Matscher, der vor dem Hintergrund seiner konkreten Erfahrungen als EGMR-Richter die Bedeutung vor allem dieser Rechtsfigur theoretisch nicht überschätzt wissen möchte.

Auch im Beitrag von Luis Thomas Prader geht es um eine Minderheitenorganisation, konkret eine solche, durch welche einige uralte, kleine und wenig bekannte Sprachinsel-Minderheiten in Oberitalien vor dem kulturell-sprachlichen Aussterben bewahrt werden sollen. Aus rechtlicher Perspektive ist bemerkenswert, dass die Gründung dieser Provinz- und Regionengrenzen überschreitenden Organisation erst durch das italienische Minderheitengesetz von 1999 möglich wurde, durch das – mit einem zeitlichen Rückstand von einem halben Jahrhundert – endlich ein entsprechender Rechtsetzungsauftrag der italienischen Verfassung von 1948 erfüllt wurde. Hier hat offensichtlich das Völkerrecht – erinnert sei an die beiden 1998 in Kraft getretenen einschlägigen Europarat-Konventionen – der innerstaatlichen Rechtsentwicklung zum Durchbruch verholfen.

Abschließend ein „Schwenk“ zur (Ethno-)Literatur, die nicht selten vollbringt, wozu die Wissenschaft außerstande ist. Die Literatur Herta Müllers und ihre Auszeichnung mit dem Literatur-Nobelpreis haben dazu beigetragen, ein ebenso dramatisches wie tragisches Stück Geschichte, das auch Minderheitengeschichte und eine Geschichte von Heimatverlust ist, ins öffentliche Bewusstsein zu holen. Welche Erinnerungen, welche Gedanken und auch welche Hoffnungen sich speziell für die Betroffenen und ihre Nachkommen damit verbinden, schildert Helmut Erwert in seiner essayistischen Reportage.

Beate Sibylle Pfeil